

Hayeks Zorn auf UBS und CS

Kreditkrise Swatch verschiebt Geld, auf die Grossbanken ist aber auch sie angewiesen

Swatch und andere Firmen strecken ihre Fühler zu den Kantonalbanken und zu Postfinance aus. Doch ersetzen können diese die Grossbanken nicht.

DANIEL IMWINKELRIED

Swatch-Präsident Nicolas Hayek hat Investmentbanker nie gemocht. Seitdem sie aber die Welt in die Krise gestürzt haben, kennt sein Zorn keine Grenzen mehr. Seine Swatch Group habe teilweise Geld von der UBS und der CS abgezogen und es zur Aargauischen Kantonalbank (AKB), zur Postfinance und anderen Instituten umgeleitet, sagte er der Westschweizer Zeitung «L'Agefi». «Diese paar wenigen Finanz-Banditen und Idioten machen mich wahnsinnig», donnerte der Uhrenpatron, als er auf die Investmentbanker angesprochen wurde.

AKB-Chef Rudolf Dellenbach kann seinen Stolz über Hayeks Wahl nicht verbergen: «Es ehrt uns, in den Fokus der Swatch Group zu kommen.» Dellenbach will allerdings nicht enthüllen, wie viel Geld die Swatch in den Aargau verschoben hat und welche Geschäfte seine Bank mit ihr machen wird. Auch die Postfinance hüllt sich in Schweigen. Bankiers dürfen grundsätzlich nichts über die Geschäfte ihrer Kunden ausplaudern.



NICOLAS HAYEK Tiefe Liebe für schöne Uhren, Schmähworte zu den Grossbanken. ANDRÉ ALBRECHT

Ausländer machen sich rar

Firmenchefs sind vorsichtig geworden, seitdem bei internationalen tätigen Banken laufend neue Löcher aufgetaucht sind. «Mehr denn je achten wir darauf, wo wir unser Geld parkieren», sagt Edgar Geiser, Finanzchef von Swatch. «Sicherheitsaspekte und Staatsgarantien spielen eine Rolle.»

Auch Finanzchefs von anderen Unternehmen strecken ihre Fühler aus, um mit Kantonalbanken oder der Postfinance die Beziehungen zu vertiefen und so die Risiken zu verteilen. Doch diese können längst

nicht alle Geschäfte abwickeln, die Firmen täglich brauchen. Bei der Postfinance können Unternehmen zwar Geld über Nacht oder für einige Wochen anlegen, doch Kredite vergibt sie nur an kleine Firmen. Für Konzerne gibt es zu UBS und CS ohnehin kaum Alternativen. Einerseits haben sich ausländische Grossbanken rar gemacht, seitdem sie um ihr Gleichgewicht kämpfen. Andererseits überfordern Kreditgeschäfte mit Giganten wie Novartis, Roche und ABB nicht nur Postfinance, sondern auch die Kantonalbanken. Im besten Fall können sie

bei mittelgrossen Multis in die Bresche springen, indem sie zusammenspannen. Organisiert werden solche Kreditgeschäfte in der Regel von der Zürcher Kantonalbank (ZKB) als Konsortialführerin. Dabei kommen durchaus gewichtige Firmen als Kreditnehmer infrage. Vor einer Woche hat Holcim etwa einen Kredit von der ZKB und weiteren Instituten erhalten.

Freude bei der ZKB

Dieser gewichtige Abschluss habe bei der Bank viel Freude ausgelöst, sagt ZKB-Sprecher Urs Acker-

mann. Ehemalige CS-Angestellte sind beim Institut für solche Geschäfte verantwortlich. Andere Banken bauen die Beziehungen zu Firmen ebenfalls sachte aus. Trotzdem werden die grossen Schweizer Unternehmen ohne UBS und CS nie weltweit Geschäfte machen können. «Wir brauchen die beiden Institute», betont Geiser von Swatch. Wenn daher nun Firmengeld von der UBS zur AKB fliessen müsse dies für die Zukunft nicht viel heissen. Je nach Entwicklung an den Finanzmärkten ströme das Geld zu dieser oder jener Bank.

Zürich ist für Büros ein teures Pflaster

Immobilienmarkt Die Limmatstadt liegt auf Rang 12 unter den weltweit 202 teuersten Bürostandorten

Die Stadt Zürich ist für die Büromiete ein relativ teures Pflaster. Zur Ansiedlung von Unternehmen hat sie am Immobilienmarkt hervorragende Möglichkeiten, wie zwei am Mittwoch veröffentlichte Studien zeigen.

Unter den weltweit 202 wichtigsten Bürostandorten belegt Zürich bei den Mietzinsen Rang 12, wie eine Studie der internationalen Immobilienberatungsfirma Cushman & Wakefield zeigt. Der monatliche Mietzins für 100 Quadratmeter betrug hier – gewichtet nach Nebenkosten und lokalen Steuern – letztes Jahr im Schnitt 8644 Franken. Zürich rückte damit um einen

Platz vor. Laut Andreas Meier von der Zürcher Immobilienberatungsfirma SPG Intercity, die mit Cushman & Wakefield zusammenarbeitet, hatte der Zürcher Büroflächenmarkt nach positiver Entwicklung in den ersten drei Quartalen 2008 im Schlussquartal wegen der Finanzkrise eine restriktivere Nachfrage verzeichnet. Genf belegte mit 7667 Franken Rang 21.

London fällt zurück

Die drei teuersten Orte für Büromieten sind Hongkong (monatlich 21 555 Franken für 100 Quadratmeter), Tokio (20 939 Franken) und London Westend (17 350 Franken). London fiel auf Rang drei zurück, weil die Kredit- und Bankenkrise zu einem Miet-

zinsseinbruch um 23 Prozent geführt hatte. Noch deutlicher war der Einbruch mit minus 25 Prozent in Moskau, das mit monatlich 15 780 Franken auf Rang vier liegt. Die Plätze fünf bis zehn belegen Dubai, Mumbai CBD, Paris, Damaskus, Abu Dhabi und Mumbai Central-Worli.

Eine gleichentags veröffentlichte Studie der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers und des Urban Land Institute schreibt dem Immobilienmarkt der Stadt Zürich hervorragende Möglichkeiten zur Ansiedlung von Unternehmen zu. In einem Ranking der beiden Firmen über die Investitions- und Entwicklungschancen des Immobilienmarkts machte Zürich von den europäischen Städten den grös-

sten Sprung nach oben: Die Stadt liegt neu an 4. Stelle, nach Platz 17 im Vorjahr. An der Spitze liegen mit München und Hamburg zwei deutsche Städte. Zu den Top Ten gehören auch Berlin und Frankfurt mit den Plätzen 9 beziehungsweise 10.

Zürich klettert nach oben

Bezüglich des Wachstumspotenzials kletterte Zürich innert eines Jahres sogar um 17 Plätze nach oben und liegt neu hinter Istanbul auf Rang 2. Das gute Abschneiden wird vor allem auf die konstant positiven Investitionsaussichten der Limmatstadt zurückgeführt. Andere Städte erlitten wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise massive Rückschläge. (AP)

Gisler



MARKUS GISLER

Ein Land in der Krise

WÄHREND IN BERN offenbar ein Machtkampf um die Task-Force in Gang gekommen ist – immerhin soll es wenigstens eine geben –, steckt das Land in einer Art Staatskrise. Es herrscht Orientierungslosigkeit. Da grassiert einerseits die Angst über den Fortbestand der UBS, die im Würgegriff der amerikanischen Justiz unter keinen Umständen ersticken darf, schliesslich ist sie, wie wir alle wissen, der Blutkreislauf unserer Wirtschaft. Allein die Tatsache, dass die grösste Schweizer Bank geschunden und gescholten ist, nagt am helvetischen Selbstbewusstsein. Und da ist andererseits das Bankgeheimnis, das die Nation spaltet.

BISHER ZEIGTEN sämtliche Umfragen zum Bankgeheimnis, dass eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dieses schützen wollte. Doch die Stimmung hat gekehrt. Jetzt, wo plötzlich die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, die untrennbar mit dem Bankgeheimnis verknüpft ist, zum Thema am Familientisch wird, realisieren immer mehr Bürgerinnen und Bürger, dass sie selbst nicht in der Lage sind, diesen Unterschied jemandem plausibel und verständlich erklären zu können. Sie fragen deshalb auch, ob sie denn von diesem Unterschied überhaupt profitieren. Die grosse Mehrheit merkt, dass diese Differenzierung vermutlich bloss einer Minderheit nützt, allen andern aber zum Schaden gereicht, weil eben die Minderheit «vergisst», Steuern zu deklarieren. Somit, kalkulieren sie scharf, wäre doch das Steueraufkommen grösser, wenn es die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung gar nicht gäbe. Sie haben deshalb Verständnis für die Forderungen insbesondere der EU, die mit dem helvetischen Steuersystem Mühe hat, nicht nur mit der zitierten Differenzierung, sondern auch mit dem Holdingsteuerprivileg oder eben mit der Pauschalsteuer.

DIESE EINSICHT allerdings, dass viele Probleme gelöst würden, kämen wir in Steuerfragen dem Ausland entgegen, wird durchkreuzt von einem psychologisch schwer zu überbrückenden inneren Widerstand. Die Amerikaner, die Deutschen, Franzosen und Engländer respektieren unsere freiheitliche Rechtsauffassung nicht und wollen uns aus eigennützigen Gründen ihr Recht aufs Auge drücken. Das kommt gerade in der Eidgenossenschaft mit ihrer historischen Tradition, fremde Richter zu verbannen, nicht nur schlecht an, das löst eine verbissene Ablehnung aus, nach der Devise: Die sollen nur kommen! Denen zeigen wirs!

AUFGESCHLOSSENE MITBÜRGER indes realisieren, dass wir damit nicht weiterkommen. Was aber tun? Wir müssen konstatieren: Die Krise ist vor allem eine Bewusstseinskrise. Sollen wir dem ausländischen Druck nachgeben, wohlwissend, dass all diese fordernden Länder ihre eigenen wohlbehüteten Schlupflöcher haben? Wir argumentieren, es sei doch nicht unser Problem, wenn Deutschland seinen Bürgern die Hälfte des Einkommens für Steuern abzwackt, bloss weil die Staatsfinanzen völlig aus dem Ruder gelaufen sind. Bloss, was hilft?

WAS DIE SCHWEIZ jetzt dringend braucht, ist ein einiger Bundesrat, der überzeugend führen kann und in dieser Diskussion das Heft in die Hand nimmt. Die Task-Force ist eine gute Sache, verstärkt mit dem Know-how von Fachleuten soll sie eine Debatte in Gang bringen, die es den Bürgern ermöglicht, sich eine Meinung zu bilden. Unter den meisten Bankern jüngeren Zuschnitts ist jedenfalls die Einsicht gereift, dass der Finanzplatz langfristig eher gestärkt würde, wenn wir in Steuerfragen mit dem Ausland kooperieren. Die Wohlstandseinbusse kommt ohnehin, die Finanzkrise und die heftige Rezession werden das Steueraufkommen markant eindämmen. Es wird kaum ohne höhere Steuern gehen.

wirtschaft@azag.ch

Nachrichten

Fall Behring geht in die nächste Runde

Im Ermittlungsverfahren gegen den Basler Financier Dieter Behring und weitere Mitbeschuldigte will die Bundesanwaltschaft voraussichtlich im April dem Eidgenössischen Untersuchungsrichteramt die Eröffnung einer Voruntersuchung beantragen. Die Zahl der Geschädigten hat sich inzwischen auf rund 1200 erhöht, wie aus einer gestern veröffentlichten Orientierung der Bundesanwaltschaft hervorgeht. Die Geschädigten machen Schadenersatzansprüche von 290 Millionen Franken geltend. (AP)

UBS Bankier-Präsident nimmt Stellung

Der Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, Pierre Mirabaud, hält die UBS für einen Einzelfall. Er könne sich nicht vorstellen, dass andere Schweizer Banken ihren Kunden systematisch bei der Steuerhinterziehung geholfen haben, sagte er gestern in der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens zur Steueraffäre der UBS mit den USA. Was die Schweizer Banken tun, sei legal, findet Mirabaud. (MZ)

Frankreich Rückzieher bei Hilfe für Autobranche

Nach Protektionismusvorwürfen aus Brüssel und Berlin macht Frankreich einen Rückzieher bei seinem umstrittenen Hilfspaket für die Autobranche. Laut einem Bericht des regierungsnahen «Le Figaro» soll die Klausel, wonach zinsverbilligte Darlehen nur im Gegenzug für Standortgarantien der Autobauer vergeben werden, gestrichen werden. Damit fiel die Rechtsverbindlichkeit weg, keine Fabriken in Frankreich zu schliessen. (AP)

USA Immobilienpreise sinken um 15 Prozent

Die Wirtschaftskrise in den USA macht Immobilien billiger. Der mittlere Verkaufswert sank im Januar auf 170 300 Dollar. Das waren 14,8 Prozent unter dem Durchschnittspreis im Januar 2008 und der niedrigste Wert seit März 2003, wie der Maklerverband National Association of Realtors mitteilte. Gleichzeitig ging der Verkauf von Immobilien deutlich zurück. Die Zahl der Besitzerwechsel sank im Januar um 5,3 Prozent. (AP)